Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Frieden ist unser Auftrag!
2. Frische Milliarden für Kiew
3. Für Trump gilt: Israel über alles.
4. Brüssel liebt wieder Budapest
5. Damit Gas nicht den Strompreis hochtreibt: Entkopplung nach spanischem Modell entlastet Verbraucher um 7 Milliarden Euro
6. Über Arbeit und Lohn
7. Soziale Ungleichheit: Unwohl in Deutschland
8. Der Rammbock der Demokratie: Sachsen-Anhalt und die Angst vor der Entscheidungsmacht der Wähler
9. Was passiert, wenn das Deutschlandradio Regierungskritik sendet?
10. Mord an Saif al-Islam Gaddafi: Täter nach 100 Tagen immer noch auf freiem Fuß
11. Regierung auf Kuba meldet Ende aller Ölvorräte
12. Mehr Wind, mehr Geld: RWE macht Milliarden-Gewinn dank erneuerbarer Energien
13. Ärztetagsdelegierte lehnen GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz ab
14. Kündigung wegen KI: Erst kürzen dann Arbeitslosigkeit
15. WHO soll Gesundheitsnotstand ausrufen – Verschärftes EU-Zensurregime droht

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Frieden ist unser Auftrag!**
   Es gibt sie noch, die Menschen, die in diesen grauenvollen Zeiten es wagen, zum

Frieden aufzurufen – den Politikern, den Medien und den Kirchen zum Trotz. Stefan Nold gehört zu ihnen. Sein sehr persönlicher Aufruf verdient viele Leserinnen und Leser! Ihr Lieben! Ich habe Angst. Angst vor dem Krieg. Angst um die Kinder, die Enkel. Jesus sagt: „Selig sind, die Frieden stiften." Frieden ist unser Auftrag! Nach meiner Kenntnis ist das sofort, unverzüglich. Aber die evangelische Kirche hält Atomwaffen jetzt für eine „Übergangslösung." Halt! Stehenbleiben! Nur das Gewissen eines einzelnen Menschen hat bei einem Fehlalarm im September 1983 unsere atomare Vernichtung verhindert.
Quelle: Globalbridge

2. **Frische Milliarden für Kiew**
NATO-Generalsekretär Mark Rutte verlangt von Mitgliedstaaten je 0,25 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für die Ukraine. Das könnte teuer werden
NATO-Generalsekretär Mark Rutte hat einen neuen Vorschlag zur dauerhaften Finanzierung der Ukraine gemacht. Auf einer internen Botschaftertagung in der vergangenen Woche stellte er laut dem US-Portal Politico die Summe von 0,25 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts in den Raum, um »die dauerhafte Finanzierung der Ukraine planbar zu machen«. Das Thema soll auf dem bevorstehenden NATO-Gipfel in Ankara Anfang Juli diskutiert werden.
Ruttes Ansage nimmt einerseits eine Forderung des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij vom vergangenen Jahr auf. Er hatte argumentiert, die von der Ukraine garantierte »Sicherheit Europas« müsse den Ländern westlich von ihr doch vielleicht jene 0,25 Prozent wert sein. Selenskijs Zahlen kamen vor dem Hintergrund der chronischen Gefahr eines Staatsbankrotts der Ukraine, die 31 Prozent ihres jährlichen Sozialprodukts – oder 107 Milliarden Euro – für den Krieg ausgibt und deren Staatshaushalt mit über 18 Prozent im Defizit ist.
Quelle: junge Welt

dazu auch: **Update des Updates des Updates…**
Gerade hat NATO-Generalsekretär Mark Rutte – wohnt noch mit seiner Mutter zusammen (wie in Hitchcocks "Psycho", Smiley) – festgestellt, dass weder die von der EU bewilligten 90 Milliarden, noch die vom Wall Street Journal diagnostizierten 109 Milliarden, noch sonst irgendein Milliardenbetrag ausreichen werden, den "Finanzbedarf" der Ukraine zu stillen.
Deshalb fordert er eine unbefristete Dauerabgabe von 0,25% der Wirtschaftsleistung sämtlicher EU- und NATO-Staaten.
(Für Deutschland wären das jährlich zusätzlich 10 – 12 Milliarden Euro, für die gesamte EU rund 50 Mrd… Pro-Tipp: Drücken kann man den Betrag nur durch schrumpfende Wirtschaftsleistung. Smiley!)

Quelle: Martin Sonneborn via Twitter/X

und: **Milliardenkredit: Trotz Korruptionsskandal: EU beschleunigt Ukraine-Kredit und setzt auf Selbstkontrolle**
Von der Leyen kündigt sechs Milliarden Euro für ukrainische Drohnen an. Trotz laufender Ermittlungen setzt Brüssel auf Selbstkontrolle in Kiew.
Plötzlich soll alles ganz schnell gehen: Bereits in der kommenden Woche will die EU eine erste Tranche des 90 Milliarden Euro schweren, schuldenfinanzierten Hilfskredits für die Ukraine freigeben. Ein „Drohnen-Paket“ in Höhe von sechs Milliarden Euro sei auf der Zielgeraden, kündigte die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf X an.
Zur Begründung verwies von der Leyen auf die jüngsten massiven Angriffe Russlands. „Wir werden die Ukraine weiter stärken“, erklärte sie. Die Finanzspritze soll im Eilverfahren bewilligt werden und die ukrainische Verteidigung stützen. Allerdings ist ausgerechnet die Drohnenproduktion in einen massiven Korruptionsskandal verwickelt, der die gesamte EU-Hilfe infrage stellen könnte.
Quelle: Eric Bonse in der Berliner Zeitung (Bezahlschranke)

3. **Für Trump gilt: Israel über alles.**
   Die Meinungen, wer im Kriegsduo Trump/Netanjahu der stärkere und einflussreichere ist, gehen auseinander. Unser Kolumnist in den USA Patrick Lawrence geht klar davon aus, dass Trump den Anweisungen von Netanjahu folgen muss, denn der israelische Geheimdienst Mossad könnte Infos über Trump haben, die ihn zum Absturz bringen würden.
   Quelle: Globalbridge
4. **Brüssel liebt wieder Budapest**
   Jubel schlug Péter Magyar entgegen nach seinem überraschend deutlichen Sieg über den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. An vielen Plätzen in Budapest feierten vor allem jungen Menschen. Und das Spitzenpersonal der EU machte überhaupt keinen Hehl daraus, dass man jetzt die Heimatfront gegen Russland zu begradigen beabsichtige, nachdem der Quertreiber aus Budapest endlich abgewählt wurde. Der laute Beifall aus Brüssel jetzt entsprang aber nicht der Liebe zu Demokratie und Bürgerrechten. Die Liste krimineller Machenschaften und Staatsverbrechen in EU-Staaten ist lang; nie lösten sie aber solch massive EU-Sanktionen zur Erzwingung demokratischer Verhältnisse aus wie im Fall Ungarn. Waren Berlusconi (Italien), Rajoy (Spanien), Sarkozy (Frankreich), Kurz (Österreich) »lupenreine Demokraten«? Und wie steht es um die aktuelle EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen oder ihren Vorgänger Juncker – sollten sie mit

Steinen werfen? Sind völkerrechtswidrige Kriege und Beihilfe zum Völkermord (Schröder, Fischer, Blair, Merz) für Brüssel Kavaliersdelikte? Für die EU gab es einen speziellen Grund, Orbán zu einem Feind der EU-Demokratie aufzubauen: Er war (fast) der einzige Politiker in der EU, der dem gigantischen Aufrüsten, der Verweigerung von Verhandlungen mit Russland, der Kriegsertüchtigung der Gesellschaft und der Kriegsverlängerung die Zustimmung verweigerte.
Quelle: Ossietzky

5. **Damit Gas nicht den Strompreis hochtreibt: Entkopplung nach spanischem Modell entlastet Verbraucher um 7 Milliarden Euro**
   Durch den Iran-Krieg sind die Gaspreise deutlich gestiegen. Aufgrund des Strommarktdesigns können höhere Gaspreise schnell zu höheren Strompreisen führen, was Unternehmen und private Verbraucher*innen erheblich belastet. Eine vorübergehende Subvention von in Kraftwerken verbrauchtem Erdgas nach dem Vorbild Spaniens und Portugals in der Energiepreiskrise 2022 könnte den weiteren Anstieg der Strompreise bremsen, zeigt eine aktuelle Studie von Dr. Tom Bauermann, Dr. Thomas Theobald und Fynn Janßen vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. In Abhängigkeit von der Gaspreisentwicklung könnte nach ihren Berechnungen die Ersparnis für Deutschland in der aktuellen Situation rund 7,3 Milliarden Euro pro Jahr betragen. Dies würde nicht nur Haushalte und Unternehmen entlasten, sondern auch die Inflation eindämmen und das Wirtschaftswachstum stärken.
   Quelle: Hans Böckler Stiftung
6. **Über Arbeit und Lohn**
   Dies ist der zweite Teil einer kurzen Trilogie über die Grundlagen relevanter Ökonomik. Der dritte Teil folgt im Laufe dieser Woche. Den ersten Teil findet man hier. Alle drei Teile sind bei Makroskop erschienen.
   Ich habe im ersten Teil erklärt, was intertemporaler Strukturwandel ist. Die Möglichkeit für ein Unternehmen nämlich, sich durch eine Verbesserung der vorhandenen Produktionstechnik oder durch ein neues Produkt von den anderen Unternehmen abzusetzen und temporär höhere Gewinne zu machen. Das ist auch das entscheidende Thema, wenn wir uns den Arbeitsbeziehungen in einer Marktwirtschaft widmen.
   Der sogenannte Arbeitsmarkt der herrschenden Theorie ist nämlich im Kern auf der Idee aufgebaut, dass die Unternehmen, wenn sie nur die „richtigen“ Signale von den Arbeitnehmern bekommen, ihre Produktionstechnik zurückentwickeln, von hoher Arbeitsproduktivität (und hoher Kapitalintensität) zu geringerer Arbeitsproduktivität (geringerer Kapitalintensität). Das ist der entscheidende Fehler dieser Theorie. Das tun Unternehmen in einer Marktwirtschaft niemals.

Quelle: Relevante Ökonomik

7. **Soziale Ungleichheit: Unwohl in Deutschland**
   »Besorgniserregend« und »alarmierend«: UNICEF-Studie zum kindlichen Wohlbefinden. Hohe Kinderarmut, miserables Bildungsniveau in der Bundesrepublik
   Auf dem Katholikentag in Würzburg behauptete Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) am Freitag, nur wenige Länder böten jungen Menschen so gute Zukunftschancen wie Deutschland. Eine am Sonntag publizierte Studie des UN-Kinderhilfswerks UNICEF mit dem Titel »Ungleiche Chancen – Kinder und wirtschaftliche Ungleichheit« spricht eine ganz andere Sprache. Unter 37 Ländern, in denen kindliches Wohlbefinden anhand von sechs Indikatoren wie Gesundheit und Bildungskompetenzen untersucht wurde, nimmt die Bundesrepublik nur Platz 25 ein.
   Damit liegt das Land wie im Vorjahr im unteren Mittelfeld und bleibe »weit hinter seinen Möglichkeiten zurück«, heißt es in einer Mitteilung von UNICEF Deutschland. Für die Organisation besteht kein Zweifel daran, dass die soziale Ungleichheit Ursache des schlechten Ergebnisses ist. Sie spricht von einem »besorgniserregenden Bild«: Die Kinderarmutsquote stagniere seit Jahren in Deutschland bei hohen 15 Prozent. Die Einkommensungleichheit sei von einem Verhältnis von 1 zu 4,3 im Jahr 2012 auf 1 zu 5,0 gestiegen. Das bedeutet: Menschen im wohlhabendsten Fünftel der Bevölkerung verfügen heute über fünfmal so viel Einkommen wie Menschen im ärmsten Fünftel. Die Folgen seien »für viele Kinder gravierend«.
   Quelle: junge Welt
8. **Der Rammbock der Demokratie: Sachsen-Anhalt und die Angst vor der Entscheidungsmacht der Wähler**
   Denn Demokratie ist nicht die Herrschaft der moralisch Vorzertifizierten, sondern die friedliche Konkurrenz um Macht unter Bedingungen gleicher politischer Teilhabe. Wer die Konkurrenz nur akzeptiert, solange das Ergebnis im eigenen Weltbild bleibt, verteidigt nicht die Demokratie. Er verteidigt seinen Besitzstand in ihr. Sachsen-Anhalt stellt die Frage mit brutaler Klarheit: Ist der Wähler souverän oder ist er es nur so lange, wie er die Parteien wählt, die das Machtkartell für ungefährlich hält? (…)
   Der „Rammbock des Volkes“ lässt sich auch anders lesen. Er ist nicht Werkzeug der Zerstörung, sondern eines des Eintritts. Was er aufstößt, sind die Tore einer Republik, die ihre eigenen Versprechen und guten Vorsätze vergessen hat. Fallen sie, fällt nicht die Demokratie, sondern die mittlerweile weitverbreitete Annahme, der Wähler dürfe zwar abstimmen, aber bitte auf keinen Fall etwas ändern.
   Quelle: Berliner Zeitung

   dazu auch: **„Staatsstreich“ bei AfD-Wahlsieg? „Damit soll nur vom eigenen Versagen abgelenkt werden“**

„Staatsstreich“ und „Weimarer Weg“: Aus Union und SPD kommen laute Warnungen vor weiteren Wahlerfolgen der AfD. BSW-Gründerin Sahra Wagenknecht hält dagegen – und macht Schwarz-Rot schwere Vorwürfe. […]
„Die größte Gefahr für die Demokratie ist eine Politik, die Deutschland weiter vor die Wand fährt und sich dabei selbst zunehmend autoritär und undemokratisch verhält“, kritisierte die BSW-Gründerin. „Merz und seine Chaos-Koalition, die unser Land wirtschaftlich ruinieren und in einen großen Krieg führen könnten, sind eine echte Gefahr für Deutschland.“ Eine Fortführung des schwarz-roten Regierungsbündnisses unter Kanzler Friedrich Merz (CDU) in den nächsten drei Jahren wäre „eine Katastrophe“ für Deutschland – „und nicht das Ergebnis einer demokratischen Landtagswahl, wie immer es ausfällt“.
Quelle: Welt Online

9. **Was passiert, wenn das Deutschlandradio Regierungskritik sendet?**
   Die Hörer-Reaktionen auf einen DLF-Kultur-Kommentar über EU-Sanktionen gegen Journalisten zeigen radikal verschiedene Sichtweisen und Kenntnisstände zur Politik. Manchmal ist das Echo auf eine Äußerung fast noch interessanter als die Äußerung selbst. Den folgenden Kommentar sprach ich am 20. April 2026 als „Politisches Feuilleton“ im Deutschlandfunk Kultur; er ist weiter online abrufbar.
   Die Hörer-Zuschriften, die darauf folgten, zeigen, dass manchen Landsleuten vor Erstaunen regelrecht die Kaffeetasse aus der Hand fiel – den einen, weil sie wütend wurden angesichts der Ungeheuerlichkeiten, die sie da hörten, den anderen, weil sie sich wunderten, so klare Formulierungen im ÖRR zu hören.
   Quelle: Michael Andrick auf Ostdeutsche Allgemeine
10. **Mord an Saif al-Islam Gaddafi: Täter nach 100 Tagen immer noch auf freiem Fuß**
    Die rechtlichen Aktivitäten und der Druck des Volkes in Libyen zur Forderung nach Aufklärung der Umstände des Mordes an Saif al-Islam Muammar al-Gaddafi haben sich 100 Tage nach der Tat verstärkt. Obwohl die Täter bekannt sind, wurden sie bisher nicht verhaftet. Nicht nur Gaddafi-Unterstützer klagen die Stämme von Zintan an und fordern den Innenminister der Dabaiba-‘Regierung’ zum Rücktritt oder zum Handeln auf. Wie soll es in Libyen zu echten Wahlen kommen, wenn jeder missliebige Kandidat im Vorfeld damit rechnen muss, ermordet zu werden? Politische Gegner durch Mord beseitigen – barbarische Zeiten.
    Quelle: Gela-News
11. **Regierung auf Kuba meldet Ende aller Ölvorräte**
    Auf Kuba spitzt sich wegen der anhaltenden US-Blockade die Energiekrise dramatisch zu. Die Öl- und Treibstoffreserven auf der Insel sind nach Regierungsangaben

aufgebraucht. Die Stromversorgung ist großflächig zusammengebrochen. Hunderte Anwohner kamen zu Protesten zusammen, was auf der kommunistisch regierten Karibikinsel selten geschieht. In Teilen der Hauptstadt Havanna brannten Barrikaden. Wütende Anwohner schlugen auf Töpfe und riefen »Schaltet das Licht an«.
Zuvor hatte der kubanische Energieminister Vicente de la O Levy im Staatsfernsehen mitgeteilt, die Treibstofflager seien leer. »Wir haben absolut kein Öl und absolut keinen Diesel mehr«, sagte de la O Levy. Das nationale Stromnetz befinde sich in einem kritischen Zustand, die Hauptstadt Havanna erlebe die schwersten Stromausfälle seit Jahrzehnten. Viele Stadtteile seien 20 bis 22 Stunden täglich ohne Strom, sagte de la O Levy.
Quelle: Zeit Online

12. **Mehr Wind, mehr Geld: RWE macht Milliarden-Gewinn dank erneuerbarer Energien**
Der Energiekonzern RWE hat einen guten Start in das Jahr hingelegt und konnte Gewinnzuwächse verbuchen. „Ein wesentlicher Grund waren die gegenüber dem Vorjahr verbesserten Windverhältnisse in Europa“, teilte der Konzern am Mittwoch (13. Mai) mit. RWE legt seinen Fokus aktuell auf den Bereich erneuerbare Energien. So habe auch zur Ergebnissteigerung beigetragen, dass RWE seit Ende März 2025 neue Windkraftanlagen, Solarparks und Batteriespeicher mit einer Gesamtkapazität von 2,3 Gigawatt in Betrieb nahm. Nachdem RWE laut dem Handelsblatt lange als einer der größten Klimasünder galt, erwirtschaftet das Unternehmen seine Erträge mittlerweile größtenteils mit erneuerbaren Energien.
Quelle: FR Online

Anmerkung Christian Reimann: *Hat RWE tatsächlich so viel Strom durch Wind erzeugen können oder ist der Gewinn eine Folge der Einspeisevergütung für Windenergie, die auch dann gezahlt wird, wenn zu viel Wind weht und Windräder abgestellt werden müssen? Kritiker sprechen von einem „Phantomstrom“.*

13. **Ärztetagsdelegierte lehnen GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz ab**
Solange die geplanten Einsparungen einer „ungerechten Lastenverteilung“ unterliegen, lehne man das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz ab. Dies stellte der 130. Deutsche Ärztetag fest.
In einem entsprechenden Beschluss betonen die Delegierten, man erkenne den Handlungsbedarf angesichts der Finanzierungslücken in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) an. Der vorliegende Kabinettsentwurf sei jedoch abzulehnen: Während alle Bereiche der in der medizinischen Versorgung Tätigen mit Einsparungen konfrontiert würden, werde „ein wesentlicher Pfeiler des

Einsparpotenzials“ ausgelassen.
So werde im Gesetzentwurf die Übernahme versicherungsfremder Leistungen durch eine Steuerfinanzierung „auf ein maximales Minimum“ begrenzt. Damit werde die größte Belastung der GKV politisch nicht angegangen – während die niedergelassene Ärzteschaft auf konkrete Honorarkürzungen zusteuere und auch im stationären Bereich Defizite hingenommen werden müssten.
Quelle: Deutsche Ärzteblatt

dazu: **Laumann will gleiche Einschnitte wie bei Kassenpatienten**
Wenn Leistungen für Kassenpatienten gekürzt werden, sollen dies auch für Staatsdiener gelten – dieser Forderung von Minister Laumann schließt sich die DAK an. Auch Bundesministerin Warken ist offen. Die Hintergründe und wobei genau gespart werden soll.
Ein Vorstoß von Karl-Josef Laumann (CDU) zieht Kreise. Der NRW-Gesundheitsminister fordert, dass Sparmaßnahmen bei der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf die staatliche Beihilfe für Beamte übertragen werden. Es sollten „keine Maßnahmen in der GKV umgesetzt werden, die nicht auch wirkungsgleich im Beihilferecht umgesetzt werden können“, hieß es in einem Schreiben aus Laumanns Haus an das Bundesgesundheitsministerium.
Quelle: Rheinische Post

14. **Kündigung wegen KI: Erst kürzen dann Arbeitslosigkeit**
In Hangzhou wollte ein Technologieunternehmen einen Mitarbeiter loswerden, dessen Arbeit durch Software weitgehend überflüssig geworden war. Der Mann prüfte Ergebnisse von Sprachmodellen auf Fehler – eine Tätigkeit, die zunehmend automatisiert werden kann. Der Arbeitgeber bot ihm daraufhin nur noch eine degradierte Stelle an, verbunden mit rund 40 Prozent weniger Gehalt.
Der Beschäftigte lehnte die neuen Bedingungen ab. Daraufhin kündigte das Unternehmen. Das Gericht gab dem Arbeitnehmer Recht: Allein der technologische Wandel – also dass ein Algorithmus Aufgaben schneller oder günstiger erledigt – reiche nicht als Grund, Beschäftigte zu entlassen oder einseitig schlechterzustellen. Es brauche die im Arbeitsrecht vorgesehenen Voraussetzungen, nicht nur den Hinweis auf Produktivitätsgewinne.
Quelle: gegen-hartz.de
15. **WHO soll Gesundheitsnotstand ausrufen – Verschärftes EU-Zensurregime droht**
Ein Beratungsgremium der Weltgesundheitsorganisation (WHO) fordert die Organisation auf, wegen des Klimawandels den internationalen Gesundheitsnotstand

zu erklären. In diesem Fall könnte die EU-Kommission nach dem Digital Services Act digitalen Medienplattformen indirekt vorschreiben, was sie zu veröffentlichen und was zu unterdrücken haben.
Die 2025 von der WHO eingesetzte „Paneuropäische Kommission Klima und Gesundheit“ hat am 17. Mai einen „Call to Action“ veröffentlicht. Darin fordert sie die WHO auf, wegen des Klimawandels den „internationalen Gesundheitsnotstand“ zu erklären und den Kampf gegen „Klima-Desinformation“ zu verstärken. Ein von der WHO erklärter Notstand würde der EU-Kommission laut Digital Services Act erweiterte Rechte geben, den digitalen Medienplattformen zu sagen, was sie zu löschen, auszubremsen und bevorzugt zu verbreiten haben.
Zu den elf Mitgliedern der Kommission zählt der SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere deutsche Gesundheitsminister Karl Lauterbach.
Quelle: Norbert Häring

Anmerkung Christian Reimann: *Das geschieht auch vor dem Hintergrund, dass am 7. April 2026 44 Autoren des Weltklimarates (IPCC) das Extremmodell RCP 8.5 (Erwärmung bis zu fünf Grad) für „unplausibel“ erklärt haben. Von den “Qualitätsmedien” ist diese Korrektur jedoch kaum oder gar nicht thematisiert worden. Auch für die Politik in Deutschland könnte das problematisch sein. Erinnert sei an den Klima-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021. Das hatte die IPCC-Berichte “als zuverlässige Zusammenfassungen des aktuellen Kenntnisstands zum Klimawandel” bezeichnet.*

dazu: **Karl Lauterbach an neuer Front – WHO soll “Klima-Gesundheitsnotstand” ausrufen**
Als Mitglied einer “hochrangigen Expertenkommission”, so der Spiegel, warnt der Rundumexperte vor einer “Dimension der Gesundheitsgefahr, die vom Klimawandel ausgeht.” Nun empfehle die Kommission der WHO umgehend “die höchste Alarmstufe” auszurufen. Der deutsche Steuerzahler finanziert nebenbei 25 Millionen Euro Unterstützung.
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Das ist mal wieder typisch für Herrn Lauterbach. Ob Corona oder Klima – die von ihm mit empfohlenen Maßnahmen sind stets autoritär-streng und nicht sachlich angemessen.*